



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Februar 2017



Monatlich 31 Tage Rufbereitschaft

Werner Sarbok im Gespräch mit Jan von Hagen

➤ Nachdruck des Interviews in Auszügen aus der Zeitung »Unsere Zeit« vom 16. Dezember 2016. Wir danken der UZ für die freundliche Genehmigung.

Am vergangenen Wochenende fand in Essen das Branchentreffen Gesundheitswesen des Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaft beim Parteivorstand der DKP statt. Schwerpunkt der Diskussion war dabei die Mindestpersonalbemessung in den Krankenhäusern. (...)

UZ: Wie kann die Entlastung aussehen? Welche Forderungen werden innerhalb von ver.di diskutiert?

Jan von Hagen: Die Diskussion nach guten und mobilisierenden Forderungen findet momentan bundesweit in den Krankenhäusern statt. Klare Priorität als erste Forderung hat die nach mehr Personal, egal ob in der Pflege oder in allen anderen Bereichen. (...)

In allen Schichtdienstbereichen spielt auch die Forderung nach verlässlicher Arbeitszeit eine große Rolle. Die Beschäftigten werden regelmäßig im Freier angerufen und aufgefordert, kurzfristig einzuspringen und Dienste zu tauschen. (...) Den dritten Teil der Forderungen macht der Bereich Belastungsausgleich aus. Wenn belastende Dienste sich häufen, brauchen die Beschäftigten zeitnah einen Ausgleich durch Entlastung, freie Tage oder ähnliches. (...)

UZ: In Hamburg wird der Kampf der Gewerkschaft von »außen« unterstützt, ein Solikreis hat den Hamburger Appell initiiert, um mit einer Unterschriftenaktion der Forderung von ver.di ein größeres Gewicht zu verleihen? Sollte das Schule machen?

Jan von Hagen: Eindeutig ja! Sowohl an der Charité als auch im Saarland und jetzt in Hamburg brauchen wir zur Unterstützung der betrieblichen

➔ Fortsetzung auf Seite 2

Eisenbahner weisen den Weg

Tarifabschluss
bei der EVG

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat mit ihrem Tarifabschluss kurz vor Jahresende für Wirbel gesorgt. Weniger, weil die Tarifierhöhungen so spektakulär sind, sondern wegen eines besonderen Einstiegs in die Arbeitszeitverkürzung. Zum 01. Januar 2018 können die Beschäftigten zwischen drei Varianten wählen: Sechs Tage mehr Urlaub im Jahr oder eine Stunde weniger Arbeit in der Woche oder 2,62 Prozent mehr Lohn. Alle zwei Jahre kann zwischen diesen Varianten neu gewählt werden. Die Forderung nach diesem Wahlmodell war ein Ergebnis einer Mitgliederbefragung, die das Meinungsspektrum entsprechend aufgesplittert sichtbar machte. Die Unternehmensseite war »not amused«. Die EVG setzte diesmal alles auf eine Karte mit einer öffentlichen Streikvorbereitung. Die DB AG gab klein bei. Nun ist aus anderen Gewerkschaften zu hören, dass viele KollegInnen sagen: »Das wollen wir auch!«



»Weihnachts- überraschung« der beson- deren Art

Zwei Tage vor Heiligabend beendete die Vivantes Service GmbH die Tarifverhandlungen mit ver.di.

Knackepunkt war die Laufzeit. Die »Arbeitgeber« machten eine Laufzeit von 5 Jahren zur Bedingung für alle weiteren offenen Verhandlungspunkte wie zum Beispiel Regelungen im Manteltarifvertrag. Das war natürlich inakzeptabel. Damit wären die Beschäftigten von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt worden und die Angleichung an den TVÖD in weite Ferne gerückt.

Am 13. Januar nun traf sich die ver.di-Tarifkommission der Vivantes Service GmbH mit Finanzsenator Kollatz-Ahnen. Der bedauerte das Beenden der Tarifverhandlungen kurz vor einer vermeintlichen Einigung. Er unterstütze – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben – eine tarifvertragliche Lösung durch die der Abstand zum TVÖD verringert werde.

Die ver.di-Tarifkommission versteht dies als Rückenwind und hofft auf Gespräche von Kollatz-Ahnen mit Vivantes. Am 15.01.2017 hat ver.di Vivantes erneut zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Den Kolleginnen und Kollegen ist Erfolg zu wünschen. Doch ist fraglich, wieviel Unterstützung sie wirklich vom Senat zu erwarten haben. Hat dieser doch bisher, als Eigentümer und als politisch Verantwortlicher, alles mitgetragen – seien es Ausgründungen, Leiharbeit, Tariflosigkeit oder niedrigere Vergütungen als TVÖD bei Vivantes.

Im Rahmen der aktuellen Krankenhausfinanzierung werden die berechtigten Forderungen von Personal und PatientenInnen nicht erfüllbar sein, dafür muss sich Politik bewegen. Und damit sind die Auseinandersetzungen um mehr Personal im Krankenhaus auch ein Infragestellen der jetzigen Verteilungspolitik.

» Fortsetzung von Seite 1

Kämpfe Bündnisse, die das Thema »Mehr Personal im Krankenhaus« auch öffentlich zum Thema machen. Das »Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus« wird durch die breite Unterstützung in den Stadtteilen, die Öffentlichkeitsarbeit und die konkrete Unterstützung der betrieblichen Arbeit in den Phasen der Organisation und Auseinandersetzung als klarer Erfolgsfaktor benannt. Insofern ist das Ziel, an möglichst vielen Orten in der Bundesrepublik mit verschiedenen Arten von Bündnissen die große Auseinandersetzung um mehr Personal im Krankenhaus zu unterstützen. (...)

UZ: *Wo siehst du die Aufgabe der DKP? Was kann die Partei organisatorisch leisten, und was wäre ihr inhaltlicher Part?*

Jan von Hagen: Natürlich sollte sich die Partei, da wo Bündnisse entstehen, inhaltlich und organisatorisch einbringen. In einigen Kreisen haben wir ja Erfahrung auch in Auseinandersetzungen um z. B. Privatisierungen von Kliniken, daran gilt es anzuknüpfen. Und auch die Unterstützung der ver.di-Unterschriftensammlungen sollte Teil unserer Arbeit werden. (...) Inhaltlich gilt es aufzuzeigen, dass es nicht nur eine grundlegende Fehlsteuerung in der Krankenhausfinanzierung sowie der kompletten Refinanzierung der sozialen Arbeit gibt, sondern dass es auch möglich ist, gute Arbeitsbedingungen und gute Versorgung für PatientenInnen sicher zu stellen. Dafür bedarf es einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Im Rahmen der aktuellen Krankenhausfinanzierung werden die

berechtigten Forderungen von Personal und PatientenInnen nicht erfüllbar sein, dafür muss sich Politik bewegen. Und damit sind die Auseinandersetzungen um mehr Personal im Krankenhaus auch ein Infragestellen der jetzigen Verteilungspolitik.

Das gesamte Interview unter: unsere-zeit.de



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

Liebe Leserin,
lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Integration statt Lohndrückerei!

Charite und Vivantes bilden Flüchtlinge aus

❖ Gegen den Personalmangel in Pflegeberufen – der überwiegend hausgemacht ist – hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) einen neuen Plan: Flüchtlinge mit qualifizierter Ausbildung sollen die Lücke schließen.

»Hier ergeben sich Chancen für anerkannte Flüchtlinge. Wichtig ist, dass sie die Sprache ausreichend beherrschen und keine Abstriche bei der Qualifikation gemacht werden«, so der CDU-Politiker. Pflege sei eine boomende Branche aufgrund der Alterung der Gesellschaft. Ebenso sollen Flüchtlinge im Bundesfreiwilligendienst arbeiten.

Nun qualifizieren auch die Charité und Vivantes auf Initiative des IQ Landesnetzwerks Berlin mit dem Pilotprojekt SpraBo (Sprachkompetenz und Berufsorientierung für Geflüchtete) Flüchtlinge, um ihnen damit eine berufliche Weiterbildung zu ermöglichen. Pflegepädagoginnen und -pädagogen des Vivantes Instituts für berufliche Bildung im Gesundheitswesen (IbBG) und der Charité Gesundheitsakademie sind für die Betreuung zuständig. Rund zwanzig Teilnehmer aus verschiedenen Herkunftsländern haben Anfang Dezember den ersten Kurs begonnen. Die praktische Teil der Ausbildung findet an den Kliniken von Charité und Vivantes statt. Finanziert wird das Ganze über EU-Gelder.

Flüchtlinge sollen so rasch wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, ist sicher ein guter Ansatz. Denn nur so können sie wirklich am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich eine eigene Zukunft aufbauen. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass sie zu den gleichen Konditionen wie die anderen Beschäftigten arbeiten und nicht als Lohndrücker missbraucht werden. Und auch dem Fachkräftemangel wird so in Gänze nicht bei zu kommen sein. Um die Arbeit im Krankenhaus attraktiver zu machen, müssten die Unternehmen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern: Bessere Bezahlung, bessere Arbeitszeiten, mehr Personal – um nur die dringlichsten Maßnahmen zu nennen.

Hierfür sollten Beschäftigte und Flüchtlinge gemeinsam kämpfen und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es fehlt am Wichtigsten – und nicht nur an der Charité, in Berlin, sondern in ganz Deutschland: Zu wenig Arbeit, zu schlechte Arbeitsbedingungen, zu wenig Wohnungen usw. Und dies schon lange, bevor die Flüchtlinge kamen. Nun leiden sowohl die Einheimische als auch die aus den Kriegs- und Krisengebieten gekommenen darunter. Es bietet aber auch die Chance, gemeinsam zu kämpfen und etwas zu erreichen.



Antifaschisten ehren Grüneberg

*Otto Grüneberg und die anderen Opfer mahnen:
Keinen Fußbreit den Faschisten!*

In der Nacht zum 1. Februar 1931 wurde der Charlottenburger Jungkommunist Otto Grüneberg – kurz vor seinem 23. Geburtstag – von Angehörigen des faschistischen SA-Sturms 33 ermordet. Seine Mörder lauerten ihm an der Ecke Schloßstraße/Hebbelstraße auf und nahmen ihn von allen Seiten unter Beschuß.

Zehntausende Berliner kamen zu seiner Beerdigung, um ihm die letzte Ehre zu erweisen und gleichzeitig gegen den braunen SA-Terror zu protestieren. Zum Gedenken an Otto Grüneberg fand wie jedes Jahr am ersten Sonntag im Februar eine Kundgebung vor dem Lokal »Kastanie« statt. Diese Gedenk-Kundgebung geht auf eine Initiative der Berliner DKP zurück und wird mittlerweile von einem breiten antifaschistischen Bündnis getragen. Aber diese Veranstaltung beschränkt sich nicht auf das Erinnern an das Wirken des engagierten Antifaschisten Otto Grüneberg, sondern bezieht sich ausdrücklich auch auf den antifaschistischen Kampf der Gegenwart. Das vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte NPD-Verbot zeigt beispielhaft, daß man sich hierbei nicht auf den Staat verlassen kann.



Inter- nationaler Frauentag 2017

Der Kampf geht weiter!

Auch heute haben Frauen immer noch allen Grund, den Internationalen Frauentag kämpferisch zu begehen: Sei es die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt (Frauen verdienen im Schnitt 22% weniger als Männer) oder der Sozial- und Demokratieabbau in unserem Land und die immer größer werdende Gefahr weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen.

Frauen tragen die Hauptlast dieser Entwicklungen. Daher wollen wir insbesondere am Internationalen Frauentag deutlich machen, dass wir Frieden und eine andere, humane Gesellschaft wollen.

Auch in diesem Jahr werden wir wieder zum Internationalen Frauentag unseren Schrittmacher Extra und Nelken an der Charite verteilen.

Infos zur Frauentagveranstaltung der DKP findet ihr dann aktuell auf der Internetseite der DKP Berlin.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

Vi.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

Alle guten Dinge: 1. Frieden, 2. Arbeit, 3. Solidarität



Luxemburg-Liebknecht-Lenin Gedenken als Auftakt zur Bundtagstagswahl und den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

Was das »Neue Deutschland« als Aufmarsch der Traditionalisten betitelt und den Herrschenden immer noch ein Dorn im Auge ist, beschreibt die - mit regelmäßig über 10.000 Teilnehmern - seit fast einhundert Jahren währende Ehrung der ermordeten Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und dem russischen Revolutionär W. I. Lenin.

Die DKP nutzt dieses Treffen in Verbindung mit der Rosa-Luxemburg Konferenz (RLK) der Tageszeitung »junge Welt« für einen kämpferischen Jahresauftakt der Kommunistischen Partei in Deutschland. Diese kleine Partei hat sich für 2017 einiges vorgenommen. So wird die DKP erstmalig seit 1990 zu einer Bundestagswahl flächendeckend antreten und versuchen, einen Wahlkampf zu organisieren, der vor allem wieder kommunistische Positionen in die Diskussionen einbringen soll. Hier stehen die Themen Frieden, Arbeit und Solidarität im Vordergrund.

Dass eine hundertprozentige Antikriegspartei nötig ist, wurde auch auf der RLK deutlich. Auf der Podiumsdiskussion schlug dem Parteivorsitzenden der Linken, Bernd Riexinger, für den Fall einer Regierungsbeteiligung seiner Partei nach der Bundestags-

wahl klares Misstrauen entgegen. Misstrauen aufgrund der Erfahrungen der Menschen mit der Partei Die Linke an der Regierung. Kaum jemand rechnete damit, dass die Partei ihre Haltung zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr aufrechterhält.

Doch das Jahr 2017 ist nicht nur wegen der Bundestagswahl ein Jahr, in dem die politischen Debatten in der Öffentlichkeit genutzt werden können. Die DKP wird zum hundertsten Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland ein Zeichen gegen die wütenden Verleumdungen des ersten sozialistischen Anlaufes der Arbeiterbewegung mit der Sowjetunion setzen und ihre Zukunftsvorstellungen deutlich zu machen. Mit einem besonderen Logo tritt die DKP in das Jahr 2017: Die Friedenstaube umrahmt von Hammer und Sichel, darunter der Schriftzug »Drushba« (Freundschaft). »Mir (Frieden), Arbeiter und Bauern gemeinsam, für Land, Brot und Arbeit, Schluss mit der Ausbeutung, Freundschaft und Solidarität aller Ausgebeuteten national und international« – das waren die Prinzipien der Revolution. Das sind die Prinzipien der Kommunisten für die Bundestagswahl. Das erste Dekret der revolutionären russischen Regierung war das Dekret über den Frieden. Will jemand bestreiten, wie wichtig es auch nach hundert Jahren ist?